

Soziale Klimapolitik

Einreichende Autor*innen: Ernest Aigner, Christina Plank, und Mario Taschwer.

Autor*innen Kollektiv: Ernest Aigner, Michael Eigner, Christina Plank, Mario Taschwer, Hendrik Theine, Jana Schultheiss, Michael Soder, Simon Theurl, Katerina Vrtikapa.

Bei dem Beitrag handelt es sich um ein Rahmenpapier zu einem Buch an dem BEIGEWUM und Attac gemeinsam arbeiten. Bei einer positiven Antwort würden wir dann entscheiden, wer konkret am Workshop teilnimmt. Die oben angegebenen Autor*innen sind insofern nur vorläufig.

Abstrakt

Die Klimakrise ist in der österreichischen Politik angekommen und prägt den öffentlichen Diskurs. Erste Folgen der globalen Erwärmung, wie die Zunahme von Extremwetterereignissen oder das Schmelzen der Gletscher und Eismassen an den Polen sind bereits bemerkbar und werden auch in Zukunft zu einer verstärkten Aufmerksamkeit in puncto Klimakrise führen. Geprägt durch die aktuelle Interessenlage setzen sich allerdings bislang vor allem Akteure in der Klimapolitik durch, die neoliberale klimapolitische Maßnahmen wie den europäischen Emissionshandel oder den unreflektierten Ausbau der Bioökonomie forcieren. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen und Instrumente ist jedoch umstritten, deren unterschiedliche Auswirkungen für verschiedene Gesellschaftsgruppen ist fraglich, und ihr Beitrag zu einer sozial fortschrittlichen und egalitären Gesellschaft bleibt unklar. Insofern laden wir zu einer Diskussion ein, die fragt, wie Klimapolitik und ihre Instrumente zu sozialem Fortschritt und einer emanzipierten Gesellschaft beitragen kann.

Diskussionen rund um Klimagerechtigkeit zeigen die Betroffenheit verschiedener gesellschaftlicher, oft auch besonders vulnerabler, Gruppen. Die Klimakrise wird dabei auch immer als soziale Krise verstanden, die die Ungleichheit nicht nur in der Betroffenheit sondern auch in der Verursachung der Krise betont. Ursprung der Diskussionen zur Klimagerechtigkeit war die historische Verantwortung des globalen Nordens, dessen langfristig kumulierte Treibhausgasemissionen damals als auch heute jene des globalen Südens übersteigen. Der globale Norden nimmt diese Verantwortung allerdings bis heute nicht wahr. Auch Österreich, dessen national festgelegte Beiträge (INDCs) deutlich unter den notwendigen Beiträgen zur Erreichung der Pariser Klimaziele liegen, ist hier keine Ausnahme. Zugleich können Treibhausgasemissionen auf eine relativ kleine Anzahl von Konzernen und Industriebetrieben zurückgeführt werden. Seit mehreren Jahrzehnten wehren diese Industrien entsprechend wirksame Klimapolitik diskursiv und auch realpolitisch erfolgreich ab, um ihre Kapitalinteressen zu schützen. So, wird neben Argumenten, die unterstellen, dass der Klimawandel nicht menschengemacht ist, wirksame Klimapolitik mit sozialem sowie zivilisatorischen Rückschritt, also auch mit sozialer Ungerechtigkeit in Verbindung gebracht und so, wenn nicht als unmöglich, zumindest als unattraktiv dargestellt.

Diskussionen rund um Klimagerechtigkeit im globalen Norden fokussieren in diesem Kontext auf die Frage, wer die Kosten wirksamer Klimapolitik tragen kann oder soll. Klar ist, dass wirksame klimapolitische Interventionen zu sozialen Verwerfungen führen können, und wahrscheinlich mit einem potentiellen Machtverlust aktuell einflussreicher Akteure einhergehen. So hat die seit längerem geforderte sozial-ökologische Transformation für unterschiedliche Gesellschaftsgruppen eine unterschiedliche Bedeutung. In politischen Arenen werden diese Bedeutungen auch zur Verhinderung wirksamer Klimapolitik diskursiv instrumentalisiert. Ein Beispiel hierfür ist die Automobilindustrie, die auf eine Strategie der Verunsicherung setzt und den Verlust von Arbeitsplätzen in den Raum stellt, um nicht auf die geforderte und notwendige drastische Reduktion der Treibhausgasemissionen reagieren zu müssen. Flankendeckung liefern rechte Akteure, die Klimapolitik verhindern, indem sie die emanzipatorische Klimabewegung für den Verlust von Arbeitsplätzen verantwortlich machen und bei jahrzehntelang zurückgelassenen als auch mit zunehmender Unsicherheit konfrontierten Erwerbsgruppen auf Anklang stoßen. Letztlich profitieren allerdings Industrielle und Kapitaleigentümer, die mit eben diesen Argumenten Druck auf Politik ausüben, um entsprechende Subventionen zu erhalten als auch wirksame Klimapolitik abzuwehren. Zugleich finden in diesem diskursiven Machtkampf Forderungen, die versuchen

Lohnabhängigkeit durch eine Stärkung sozialer Rechte und Sicherungssysteme, die Reduktion der Arbeitszeit, oder reduzierten Anspruchsvoraussetzungen für Arbeitslosenversicherung, zu reduzieren, keine Resonanz, obwohl Klimapolitik hier durchaus einen Hebel für sozialen Fortschritt darstellen könnte.

Neben der zunehmenden Abhängigkeit der Bevölkerung von Lohnarbeit kann in vielen gesellschaftlichen Bereichen eine sukzessive Rücknahme sozialer Errungenschaften beobachtet werden. Die fortschreitende Hyperglobalisierung, die Finanzialisierung des globalen Kapitalismus, und die Austeritätspolitik nach der Finanzkrise setzen soziale Sicherungssysteme unter Druck, wie nicht zuletzt drastisch durch die Corona Krise im Fall der Gesundheitssysteme aufgezeigt wurde. Auch hier kann beispielhaft der Frage nachgegangen werden, wie Klimapolitik zu einem sozial fortschrittlichen Gesundheitssystem beitragen könnte. In zumindest zweifacher Weise wurde Klimapolitik mit Gesundheit in Verbindung diskutiert: Erstens würden durch eine drastische Reduktion der Treibhausgasemissionen heute, langfristig wahrscheinliche Klimakatastrophen und ihre gesundheitlichen Auswirkungen gemindert werden, und zweitens ginge mit einer Reduktion der Treibhausgasemissionen auch eine geringere Schadstoffbelastung einher, die heute besonders die Gesundheit vulnerabler Gruppen verschlechtert. Obwohl beide Mechanismen aufzeigen, wie eine Reduktion von Treibhausgasemissionen sich positiv auf die Gesundheit auswirken kann, zeigen diese nicht auf, wie klimapolitische Instrumente als solche eine bessere gesundheitliche Sicherung und Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen sichern können. Es wird auch nicht diskutiert, inwiefern sozial fortschrittliche Institutionen im Gesundheitssystem durch klimapolitische Instrumente gestärkt werden könnten und somit Klimapolitik zu einer progressiven Politik beitragen könnte.

In diesem Beitrag wollen wir Erkenntnisse des Buches vorstellen, das darauf abzielt, ähnliche Fragen für ein breites Spektrum von Politikbereichen zu untersuchen (z.B. Wohnungspolitik und öffentlicher Wohnraum; Reichtums Begrenzung; Gesundheitsversorgung; Arbeits(zeit)politik und Arbeitslosensicherung; Nahrungsmittelpolitik und Versorgung; Migration, Rassismus und Diskriminierung; Handelspolitik und Regulierung; Bildungspolitik; Finanz- und Geldpolitik; Militär, Rüstung und Abschottungspolitik), mit dem Ziel zu einer progressiven Vision in einer durch die fortschreitende Klimakrise geprägten Welt beizutragen. Ziel unseres Beitrages ist es, einen Blick auf klimapolitische Instrumente zu entwickeln, der fragt, wie durch Klimapolitik eine sozial gerechtere Gesellschaft erreicht werden kann. Die Beiträge im Buch sollen über die klassischen Instrumente wie Steuern und Emissionsrecht handel hinausgehen und beispielsweise Investitionsstrategien, Verbote, handelspolitische Instrumente oder geldpolitische Instrumente wie Kreditsteuerung ansprechen, um einen umfassenden Überblick sicherzustellen. Fragen der ökonomischen Effizienz und kapitalistischen Wachstums werden insofern beiseite gelegt und Klimapolitik wird explizit als Instrument für eine sozial fortschrittliche und emanzipatorische Gesellschaft untersucht.

Im Track möchten wir gerne mit den anderen Teilnehmer*innen über die Leitfrage "Wie schaffen wir nachhaltige Perspektiven für ein globales Zusammenleben jenseits von Ausbeutung und Wettbewerbszwang?" diskutieren und hierzu erste Erkenntnisse aus den Diskussionen unseres Buchprojekts einbringen. Wir hoffen hierzu auf ein anregende Diskussion beim Momentum Kongress.